

**solidar**

**solidar**  
FOUNDATION

# MANIFEST FÜR DIE EU-WAHLEN 2024

Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 finden zu einem historischen Zeitpunkt statt. Wir stehen an einem Scheideweg, und obwohl viel auf dem Spiel steht, bietet sich ein Weg nach vorn. Wir sind überzeugt, dass wir die zahlreichen Krisen, die wir derzeit durchleben, in eine Chance verwandeln können, unsere gemeinsame Zukunft neu zu gestalten. Wir glauben, dass dieser Zeitpunkt in der Geschichte uns die Chance gibt, unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften grundlegend zu verändern, damit sie sowohl für die Menschen als auch für den Planeten nutzbringend sind. Dies erfordert sofortiges Handeln auf allen Ebenen der Gesellschaft und von allen Beteiligten, aber es ist möglich. Dieser grundlegende Wandel erfordert ein Europa, das den ökologischen Wandel vertieft und beschleunigt, die Demokratie schützt und vorantreibt, die soziale Gerechtigkeit erhöht und Alternativen zur marktorientierten, ausbeuterischen Rohstoffwirtschaft fördert, die derzeit unsere Gesellschaften und die lebendige Welt bestimmt und zerstört. Als Vertretung der Zivilgesellschaft, neben den Gewerkschaften und anderen progressiven Kräften, spielen wir eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung, Aushandlung und Umsetzung dieser Veränderungen.



Wieder einmal wütet der Krieg in Europa. Die EU muss in ihrer Verurteilung der russischen Aggression, ihrer Kriegsverbrechen und Brutalität sowie in ihrer Unterstützung für die Ukraine geeint bleiben. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und den Rückzug der russischen Truppen aus den besetzten Gebieten als Zeichen der Bereitschaft Russlands, bedeutsame Friedensgespräche aufzunehmen. Es kann keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben, ebenso wie es keine bedeutsamen Friedensgespräche geben kann, wenn nicht konkrete Schritte unternommen werden. In dieser gefährlichen Situation rufen wir Europa dazu auf, sich in den Mittelpunkt einer neuen internationalen Sicherheitsordnung zu stellen. Der Begriff der gemeinsamen Sicherheit, wie er von der Palme-Kommission aufgestellt wurde, sowie der menschlichen Sicherheit kann nur durch ein wiederbelebtes Bekenntnis zum Verbot von Atomwaffen, zur gegenseitigen Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie durch eine kollektive Verpflichtung zur Erreichung von Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit durch einen gerechten Übergang erreicht werden. Jetzt, da die Auswirkungen des Krieges in Europa in Form von zunehmender sozialer und wirtschaftlicher Instabilität und Krisen in der Energieproduktion und -versorgung zu spüren sind, die zu wachsenden Ungleichheiten und schädlichen Auswirkungen auf Klima und Umwelt führen, ist es wohl offensichtlich, dass dauerhafter Frieden und menschliche Sicherheit nicht durch ein neues Wettrüsten oder ständig steigende Militärausgaben gewonnen werden können, die jegliche Bemühungen um eine nachhaltige Zukunft, die wir brauchen, in den Schatten stellen.

Wir leben in der Tat in einer Zeit der Krisen - in den Bereichen Klima und Umwelt, Gesundheit, sozioökonomische Ungleichheit, Wohnen und Lebenshaltungskosten. Europa muss zeigen,

dass wir in der Lage sind, auf alle gleichzeitig zu reagieren. Die Einigkeit, die Entschlossenheit und die gemeinsame Überzeugung angesichts der COVID-19-Pandemie, die Reaktion auf den russischen Angriffskrieg und die bisherigen Fortschritte auf dem Weg zu einem sozialeren und grüneren Europa mit all seinen Schwächen geben Ansporn genug. Aber wir bewegen uns viel zu langsam und tun immer noch viel zu wenig.

Die nächste fünfjährige Amtszeit des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission wird für Europa und die Welt richtungsweisend sein. Die kommenden Jahre sind von entscheidender Bedeutung, da sich das Zeitfenster rasch schließt und die Veränderungen schneller, umfassender und systematischer als je zuvor erfolgen müssen, um die Ursachen für diese gesellschaftlichen Missstände zu beseitigen. Wir werden jedoch nicht viel tun können, wenn wir keine progressive Mehrheit im Europäischen Parlament bekommen. Es ist daher unerlässlich, dass wir uns alle als progressive Zivilgesellschaft an diesen Wahlen beteiligen! Wir müssen in einer breit angelegten Kampagne mobilisieren, die die Menschen dazu inspiriert, so zu wählen, dass sie unsere Werte, unseren Glauben und unsere gemeinsamen Überzeugungen verteidigen; ein Wahlkampf, der erklärt, warum ein gerechter Übergang zu einer nachhaltigen Zukunft der einzige Weg ist, auf dem wir in der Lage sein werden, die vielen aktuellen Notlagen zu bewältigen, unsere Widerstandsfähigkeit aufzubauen, unsere Träume voranzubringen und unsere fortschrittlichen Bestrebungen für ein gerechteres, gleichberechtigteres, freieres und demokratischeres Europa zu erfüllen!

# WIR BRAUCHEN EINEN SYSTEMISCHEN WANDEL!

## Sechs progressive Vorschläge für einen gerechten Übergang

SOLIDAR wünscht sich ein Europa, das den Übergang weiter anführt, ein neues Parlament und eine neue Kommission, die auf dem Erreichten aufbauen und sich für eine schnellere und ehrgeizigere Umstellung einsetzen, die den wissenschaftlichen Erkenntnissen entspricht. Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Zukunft, zu einem Europa für alle und mit allen, einem Europa, das auf gemeinsamer und menschlicher Sicherheit, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit beruht. Ein Europa, das unsere Gesellschaften umgestaltet, indem es den Frieden, die Menschen und den Planeten in den Mittelpunkt unserer Entwicklung stellt.

Wir, eine Bewegung von mehr als 50 progressiven zivilgesellschaftlichen Organisationen in ganz Europa und darüber hinaus, fordern einen Systemwandel, der den Übergang vertieft, und zwar durch sechs Hauptforderungen: einen sozial gerechten Übergang, eine umverteilende und auf das Wohlergehen ausgerichtete Wirtschaft, einen auf Rechten und Solidarität basierenden Ansatz für die Migration, eine integrative und gerechte digitale Revolution, ein gegen Rassismus, Faschismus und totalitäre Kräfte geeintes Europa und für einen florierenden zivilgesellschaftlichen Raum, in dem die Zivilgesellschaft durch den zivilen Dialog einen Sitz am Tisch hat.

**1.** Ein sozial gerechter Übergang zur Kohlenstoffneutralität muss im Mittelpunkt aller politischen Maßnahmen stehen, um unsere Gesellschaft zu verändern!

**2.** Schluss mit der wachsenden Ungleichheit, die unseren Gesellschaftsvertrag bricht - hin zu einem sozialen und wirtschaftlichen System der Umverteilung und des Wohlstands!

**3.** Migration bestimmt unsere gemeinsame Zukunft - wir brauchen eine von Rechten und Solidarität getragene europäische Antwort!

**4.** Die digitale Revolution bestimmt unser Leben und unsere Zukunft - wir brauchen Investitionen und politische Maßnahmen, die Freiheit, Rechte und Gleichheit garantieren!

**5.** Reaktionäre, autoritäre und rassistische Bewegungen sind auf dem Vormarsch - wir wollen ein Europa für alle und mit allen!

**6.** Die Zivilgesellschaft ist das Fundament unserer Demokratien - schützen Sie den zivilgesellschaftlichen Raum und gewährleisten Sie den zivilen Dialog!



## 1. Ein sozial gerechter Übergang zur Kohlenstoffneutralität muss im Mittelpunkt aller politischen Maßnahmen stehen, um unsere Gesellschaft zu verändern!

Für SOLIDAR bedeutet ein „gerechter Übergang“ weit mehr als eine Korrekturmaßnahme für bestimmte Sektoren in Form von Mittelunterstützung und der Weiter- oder Umschulung von Arbeitnehmern. Dies sind zwar wichtige Elemente, aber ein gerechter Übergang ist für uns ein ganzheitlicheres und proaktiveres Konzept, das die gesamte Gesellschaft und alle Politikbereiche einbeziehen sollte. Ein gerechter Übergang gewährleistet, dass wir alle einen Platz in diesem Übergang haben und dass die Schwächsten, die Armen und die Ausgegrenzten in diesem Prozess nicht geopfert werden. Dass kein Teil Europas oder der Welt zurückgelassen wird. Dass Resilienz und Wohlstand sowohl innerhalb als auch außerhalb unseres Kontinents aufgebaut werden, damit Lasten und Kosten nicht auf andere Länder abgewälzt werden und systembedingte und historische Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten erkannt und beseitigt werden, da es andernfalls unmöglich sein wird, die Versprechen der Agenda 2030 zu erfüllen. Ein gerechter Übergang wird Folgendes bieten: eine faire und gleichmäßige Aufteilung der Kosten, wobei die größten Verschmutzer und die Reichsten den größten Beitrag leisten; menschenwürdige Arbeit, die auf einem Arbeitsmarkt garantiert wird, der den Schwerpunkt von der Arbeit auf die Ressourcenproduktivität verlagert; Leistungen und Unterstützung, die diejenigen mit den größten Bedürfnissen, die den größten Risiken ausgesetzt sind, erreichen; und soziale Rechte, die während des gesamten Prozesses geschützt werden.

In den kommenden Jahren wird Europa den „Green Deal“ neu verhandeln, die Grundlagen

für seinen langfristigen Haushalt legen, mögliche Vertragsänderungen erörtern sowie seine Energieautonomie, Wohnungsinnovationen, Verkehrspolitik und viele andere wichtige Vorschläge und Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels, der Umweltzerstörung und des Verlusts der biologischen Vielfalt diskutieren. Bei all diesen Prozessen ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Europäische Säule sozialer Rechte durch konkrete Maßnahmen vollständig umgesetzt wird, dass sie in alle Politiken eingebettet wird, die auf einen Wandel abzielen. Wir schlagen einen Just Transition Deal für Europa vor, um dies zu gewährleisten; dass alle Politiken, die darauf abzielen, Europa durch die Krisen zu einer Ökonomie des Wohlergehens und einem sozial-ökologischen Wohlfahrtsstaat zu führen, von diesem ganzheitlichen Ansatz bestimmt werden. Ein gerechter Übergang ist das Leitprinzip unserer Bewegung, denn wir erkennen an, dass soziale und grüne Politik zwei Seiten derselben Medaille sind. Alles, was unter diesem doppelten Ansatz liegt, ist schlichtweg Lösungsverweigerung - das Ausmaß des Problems wird anerkannt, aber es werden unzureichende und unangemessene Lösungen vorgeschlagen.



## 2. Schluss mit der wachsenden Ungleichheit, die unseren Gesellschaftsvertrag bricht - hin zu einem sozialen und wirtschaftlichen System der Umverteilung und des Wohlstands!

Migration ist in der Geschichte der Menschheit vollkommen üblich, und obwohl die Migrationsströme weltweit leicht zunehmen, findet die meiste Migration innerhalb eines Landes oder zwischen



Ländern des globalen Südens statt. Dennoch ist die Migration nach Europa derzeit eines der wichtigsten politischen Schlachtfelder, das von den Erzählungen der (extrem) Rechten dominiert wird. SOLIDAR wendet sich nachdrücklich gegen eine Politik, die darauf abzielt, immer höhere Mauern zu errichten, die die Verwaltung der EU-Grenzen autoritären Staaten überlässt und die sich weigern, den vielen Menschen, die ihr Leben auf See oder an Land riskieren, humanitäre Hilfe zu leisten. Ebenso lehnen wir den parteipolitischen Ansatz ab, der mit fremdenfeindlicher und rassistischer Rhetorik verbunden ist und fälschlicherweise Migranten und Migration für gesellschaftliche Missstände verantwortlich macht, die größtenteils auf den Abbau unserer Wohlfahrtsstaaten und unsere dysfunktionalen Volkswirtschaften zurückzuführen sind. Derzeit werden die meisten europäischen Gelder für die Sicherung und Militarisierung unserer Grenzen ausgegeben, anstatt in die Menschen zu investieren, die in Europa leben und hierher kommen. Angesichts der Herausforderung, Millionen von Menschen aufzunehmen, die aus der Ukraine fliehen, haben wir jedoch gesehen, wie viel Europa tun kann, wenn es will, und wie stark wir sind, wenn wir uns darauf konzentrieren, Menschen aufzunehmen und zu integrieren. Dies sollte als Inspiration für die Migrationspolitik und für die Neuformulierung unserer Vorschläge in den laufenden Diskussionen und Verhandlungen für ein gemeinsames europäisches Konzept dienen.

Wir fordern eine gemeinsame und umfassende europäische Migrationspolitik, die auf den Menschenrechten basiert! Eine, die nach für beide Seiten vorteilhaften Lösungen mit Drittländern auf der Grundlage der Solidarität mit Menschen auf der Flucht sowie zwischen Ländern sucht. Eine, die sichere und reguläre Wege ausweitet, Migranten in Not an Europas Grenzen hilft, langfristige Integration und Teilhabe unterstützt und eine positive Darstellung von Migration und Vielfalt fördert!

### **3. Migration bestimmt unsere gemeinsame Zukunft - wir brauchen eine von Rechten und Solidarität getragene europäische Antwort!**

Migration ist in der Geschichte der Menschheit vollkommen üblich, und obwohl die Migrationsströme weltweit leicht zunehmen, findet die meiste Migration innerhalb eines Landes oder zwischen Ländern des globalen Südens statt. Dennoch ist die Migration nach Europa derzeit eines der wichtigsten politischen Schlachtfelder, das von den Erzählungen der (extrem) Rechten dominiert wird. SOLIDAR wendet sich nachdrücklich gegen eine Politik, die darauf abzielt, immer höhere Mauern zu errichten, die die Verwaltung der EU-Grenzen autoritären Staaten überlässt und die sich weigern, den vielen Menschen, die ihr Leben auf See oder an Land riskieren, humanitäre Hilfe zu leisten. Ebenso lehnen wir den parteipolitischen Ansatz ab, der mit fremdenfeindlicher und rassistischer Rhetorik verbunden ist und fälschlicherweise Migranten und Migration für gesellschaftliche Missstände verantwortlich macht, die größtenteils auf den Abbau unserer Wohlfahrtsstaaten und unsere dysfunktionalen Volkswirtschaften zurückzuführen sind. Derzeit werden die meisten europäischen Gelder für die Sicherung und Militarisierung unserer Grenzen ausgegeben, anstatt in die Menschen zu investieren, die in Europa leben und hierher kommen. Angesichts der Herausforderung, Millionen von Menschen aufzunehmen, die aus der Ukraine fliehen, haben wir jedoch gesehen, wie viel Europa tun kann, wenn es will, und wie stark wir sind, wenn wir uns darauf konzentrieren, Menschen aufzunehmen und zu integrieren. Dies sollte als Inspiration für die Migrationspolitik und für die Neuformulierung unserer Vorschläge in den laufenden Diskussionen und Verhandlungen für ein gemeinsames europäisches Konzept dienen.

Wir fordern eine gemeinsame und umfassende europäische Migrationspolitik, die auf den Menschenrechten basiert! Eine, die nach für beide Seiten vorteilhaften Lösungen mit Drittländern auf der Grundlage der Solidarität mit Menschen auf der Flucht sowie zwischen Ländern sucht. Eine, die sichere und reguläre Wege ausweitet, Migranten in Not an Europas Grenzen hilft, langfristige Integration und Teilhabe unterstützt und eine positive Darstellung von Migration und Vielfalt fördert!



#### **4. Die digitale Revolution bestimmt unser Leben und unsere Zukunft - wir brauchen Investitionen und politische Maßnahmen, die Freiheit, Rechte und Gleichheit garantieren!**

Die digitale Revolution definiert unser Leben und unsere Lebenswirklichkeit in Europa weiterhin neu und wird von Jahr zu Jahr schneller. Die dramatische Entwicklung von KI, Robotik und Konnektivität wird die kommenden Jahre bestimmen, ebenso wie die globale Macht einiger weniger Tech-Giganten. Wir brauchen nationale und internationale verbindliche Instrumente, die dieser Entwicklung voraus sind, um die Privatsphäre, die sozialen und demokratischen Rechte zu schützen und die Sicherheit des Einzelnen zu gewährleisten. Wir brauchen eine Regulierung und Besteuerung, die die Entwicklungen in diesen öffentlichen Bereichen mit den öffentlichen Interessen und Bedürfnissen in Einklang bringt, und eine Umverteilungspolitik, die gewährleistet, dass die Gewinne in die Bürger reinvestiert werden, denen sie dienen sollten. Wir müssen genügend Ressourcen investieren, um die bestehenden regionalen und sozioökonomischen Ungleichheiten bei den Fertigkeiten und Kompetenzen zu beseitigen und die erwarteten Auswirkungen auf die Arbeitswelt

zu bewältigen. Die Vermittlung grundlegender und übergreifender digitaler Kompetenzen im Rahmen der „Digital Citizenship Education“ ist umso wichtiger, wenn sichergestellt werden soll, dass der digitale Wandel zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt, anstatt bereits bestehende Ungleichheiten zu vergrößern und neue zu schaffen. Wir sollten nicht alle Dienste und Aspekte der Gesellschaft ins Internet verlagern, da dies für viele Menschen die Ausübung und den Zugang zu ihren Rechten unmöglich machen würde. Bei der Erbringung grundlegender Dienstleistungen muss eine sorgfältige Abwägung zwischen den Möglichkeiten der Digitalisierung und den ihr innewohnenden Risiken der Ausgrenzung erfolgen.

Wir fordern eine völlig neue Herangehensweise an den digitalen Raum, die diesen als öffentliches Gut und öffentlichen Raum behandelt und die die Logik des Datenbankkapitalismus an sich in Frage stellt, in dem die Nutzer lediglich als Währung und Einkommen behandelt werden. Wir fordern die EU auf, bei der Entwicklung von Menschen-, Sozial- und Wirtschaftsrechten im digitalen Zeitalter weltweit eine Führungsrolle zu übernehmen. Wir brauchen einen digitalen Wandel, der für die Menschen und den Planeten funktioniert, die unsere Gesellschaften und unsere Demokratien verbessert und die dazu dient, bestehende und neue Ungleichheiten zu überbrücken!



#### **5. Reaktionäre, autoritäre und rassistische Bewegungen sind auf dem Vormarsch - wir wollen ein Europa für alle und mit allen!**

Konservative, rechtsradikale und rassistische Kräfte sind in Europa auf dem Vormarsch. Parteien mit faschistischen und neonazistischen

Wurzeln gewinnen Wahlen und sind in mehreren Mitgliedstaaten an Regierungen beteiligt. Dies führt zu Rückschritten, nicht nur in Bezug auf die demokratischen Rechte und Freiheiten, sondern auch in Bezug auf die Klima- und Umweltpolitik, die Sozialpolitik und die Integrationspolitik, sowie zu einer zunehmenden Präsenz von Revisionismus und Fake News. Diese Kräfte werden von mächtigen Mediengiganten in vielen Mitgliedstaaten unterstützt, die unsere offenen Gesellschaften, unsere Freiheiten, unsere Fortschritte und unsere fortschrittlichen Bewegungen ins Visier nehmen. Europa muss alles tun, um die Rechte der Frauen, über ihren eigenen Körper zu bestimmen, zu schützen, geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen und das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu beseitigen. In Bezug auf frauenfeindliche Politik und Gewalt gegen Frauen muss mehr unternommen werden. Wir brauchen ein Europa, das die Rechte und Freiheiten, die wir uns im letzten Jahrhundert hart erkämpft haben, entschlossen verteidigt. Wir brauchen ein Europa, das gegen reaktionäre Politik und radikale Agenden vorgeht, die das Gegenüber entmenschlichen und Hassverbrechen gegen LGBTQI+ und rassifizierte Gemeinschaften fördern. Es besteht die reale Gefahr, dass das neue Europäische Parlament von einer Mehrheit bestimmt wird, die von diesen antidemokratischen Kräften kontrolliert wird. Wenn ja, werden wir als progressive Zivilgesellschaft mit allem, was wir haben, zurückschlagen!

Wir dürfen uns nicht täuschen, dies ist die neue Front der europäischen Politik, und wir müssen gerüstet sein. Wir schließen uns dem Aufruf zu einer antifaschistischen Antwort, zu einer geeinten Zivilgesellschaft zur Verteidigung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten an! Unsere gemeinsame Antwort als Zivilgesellschaft und Gewerkschaften muss mit einer häufigeren Anwendung von Strafmaßnahmen

gegen Mitgliedstaaten einhergehen, die dem demokratischen Fundament der Union nicht gerecht werden, die es versäumen, die Rechtsstaatlichkeit und eine unabhängige Justiz zu schützen, die die Zivilgesellschaft, die Gewerkschaften und die freie Presse angreifen oder antidemokratische oder Hassreden halten.



## **6. Die Zivilgesellschaft ist das Fundament unserer Demokratien - schützen Sie den zivilgesellschaftlichen Raum und gewährleisten Sie den zivilen Dialog!**

Der zivilgesellschaftliche Raum ist in ganz Europa und weltweit bedroht, da die Rolle und der Platz der Zivilgesellschaft in der Gesellschaft in mehreren Ländern zunehmend in Frage gestellt und verfolgt wird. Wir sehen es an neuen Gesetzen, Mittelkürzungen und feindseligen politischen Äußerungen und Vorschlägen. Als Netzwerk fortschrittlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen, die eine globale aktive Bürgerschaft fördern und Millionen von Mitgliedern in ganz Europa vertreten, stehen wir an vorderster Front im Kampf gegen diese Bedrohungen. Unsere Mitglieder stärken die Bürgerinnen und Bürger individuell und kollektiv auf lokaler und nationaler Ebene und schließen eine entscheidende Lücke, die durch die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und die neoliberale Politik, die den Sozialstaat aushungert, entstanden ist. Die wesentliche Rolle, die sie bei der Förderung der sozialen Eingliederung und des sozialen Zusammenhalts spielen, muss sich auch in ihrer Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen widerspiegeln.

Dank des wachsenden Interesses auf EU-Ebene an Modellen der Mitsprache und Bürgerbeteiligung bietet sich jetzt die Gelegenheit, den Zugang der Zivilgesellschaft zur Politikgestaltung zu verbessern. Dieses Interesse sollte sich in der Umsetzung des zivilen und sozialen Dialogs, der Mitbestimmung sowie in einer verstärkten Unterstützung für die Bereitstellung von aktiver Bürgererziehung niederschlagen, wenn wir das Demokratiedefizit der EU angehen und die Schlussfolgerungen der Konferenz über die Zukunft Europas umsetzen wollen. Es ist zwingend erforderlich, dass es einen institutionalisierten Ort für engagierte und aktive Bürger und Einwohner in der EU gibt, an dem sie durch einen strukturierten, offenen und transparenten zivilen Dialog sowie einen sozialen Dialog an allen Politikbereichen und den internationalen Abkommen und Partnerschaften der EU teilnehmen und darauf Einfluss nehmen können. Andernfalls wird es der Politik und den Beziehungen sowohl an Qualität als auch an Genauigkeit mangeln, was einer neoliberalen und elitären Vision der Zukunft der EU Vorschub leistet.

Der besorgniserregende Rückschritt in Europa und in der Welt in Bezug auf den zivilgesellschaftlichen Raum, der notwendig ist, um das Leben und die Gesundheit der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften zu gewährleisten, muss gestoppt werden. Europa muss entschlossen handeln, um die Stimme der Zivilgesellschaft und der Bürgerinnen und Bürger in der laufenden Transformation zu schützen und zu gewährleisten, gegen weitere Versuche zur Einschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten vorzugehen und neue Formen der Beteiligung weiter zu entwickeln. Wir fordern die EU auf, ihr Engagement in diese Richtung zu verstärken und eine europäische zivilgesellschaftliche Strategie zu entwickeln, um diese antidemokratischen Trends, die wir in ganz Europa beobachten, umfassend und wirksam zu bekämpfen. Wir werden mit allen politischen Kräften zusammenarbeiten, die bereit sind, diese Forderungen nach einer lebendigen Zivilgesellschaft und nach starken Gewerkschaften mit uns zu vertreten!

# solidar

# solidar FOUNDATION

## ÜBER SOLIDAR UND DAS NETZWERK HINTER DEM MANIFEST

SOLIDAR ist ein europäisches und weltweites Netzwerk von Organisationen der Zivilgesellschaft (CSO), die sich für soziale Gerechtigkeit durch einen gerechten Übergang in Europa und weltweit einsetzen. Unsere über **50 Mitgliedsorganisationen** sind in 27 Ländern (davon 19 EU-Länder) angesiedelt und umfassen nationale zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa, außerhalb der EU, EU-weit und auf internationaler Ebene tätige Organisationen. SOLIDAR vertritt und verstärkt die Stimmen und Forderungen seiner Mitglieder auf europäischer und internationaler Ebene. SOLIDAR organisiert seine Arbeit für lebenslanges und lebensumspannendes Lernen über die SOLIDAR-Stiftung für progressive Bildung und Bürgerbeteiligung.

Das Netzwerk wird durch seine gemeinsamen Werte Solidarität, Gleichheit und Teilhabe zusammengehalten.

Für alle Anliegen bezüglich des Manifests und der Kampagne wenden Sie sich bitte unter folgender Adresse an SOLIDAR: [giorgia.gusciglio@solidar.org](mailto:giorgia.gusciglio@solidar.org)

